

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Pettizelle oder deren Raum 30 A
für Verksammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Die erste Bresche in Zwinguri.

Was alle jetzt Lebenden bisher nur aus der Geschichte kannten, daß nämlich keine persönliche Macht und kein noch so gefestigter staatlicher Verwaltungsapparat und Polizeimechanismus imstande ist, dem Volkswillen zu widerstehen, wenn dieser sich auf ein gemeinsames Ziel richtet und die Beseitigung gewisser Hemmnisse freier Entwicklung fordert; das haben wir in diesen Tagen selbst erlebt. Was noch vor kurzen Wochen für unerreichbar gehalten wurde, oder doch höchstens erreichbar durch gewaltsame Auflehnung gegen die bestehende Staatsordnung, das ist glatt und ohne gewaltsame Explosionen geschehen. Es ist die erste Bresche gelegt worden in die Zwingburg des preussischen absolutistischen Militarismus. Daß es bei der ersten Bresche nicht bleibt, daß die ganze Zwingburg abgetragen werden wird, dafür werden die Verhältnisse und der unerbittliche Wille des Volkes sorgen.

Als vor siebzig Jahren für Preußen eine Verfassung gefordert wurde, sagte der damalige König Friedrich Wilhelm IV., er wolle nicht, daß zwischen ihm und „sein Volk“ ein Blatt Papier geschoben werde. Nun, das Blatt Papier wurde doch dazwischengeschoben, allerdings bald darauf wieder zerrissen durch die Reaktion, weil die Volksmassen noch nicht organisiert, dafür aber zu vertrauensfähig waren und an das Königswort glaubten, das die Verfassung anerkannt hatte. Jetzt ist die Organisation der breiten Massen vorhanden, und zugleich ist ihnen im Laufe der Zeit die Vertrauensfähigkeit so gründlich ausgetrieben worden, daß nach dieser Richtung hin keine Gefahr besteht, das Volk werde sich nochmals übertölpeln, in die alte Unterwürfigkeit zurückdrängen und die Errungenschaften entwenden lassen. Was jetzt erreicht worden ist, das bleibt. Nicht darin liegt die Gewähr dafür, daß der neue Kanzler und andere Mitglieder der gegenwärtigen Regierung das versichert haben, sondern darin, daß Born, Trost und Groß des Volkes eine Stärke und Festigkeit gewonnen haben, die jeden Versuch, zu den alten Zuständen durch Gewalt oder Ueberlistung zurückzukehren, scheitern lassen würde. Was erreicht worden ist, bleibt, und im schnellsten Tempo wird weiteres hinzugefügt werden.

Ist denn aber das Erreichte wirklich so bedeutungsvoll? Der Abgeordnete Kühle, der sich der Spartakusrichtung zugehört, hat allerdings von der Tribüne des Reichstages herab erklärt, das alles sei gar nichts. Solange der Kapitalismus bestehe, werde kein Frieden möglich sein und den Völkern ihr Recht nicht werden; darum sei er gegen den Verständigungsfrieden, gegen den Völkerverbund, gegen die Parlamentarisierung der Regierung. Nur die soziale Revolution könne das Volk befreien. Das klingt ungeheuer prinzipienfest und proletarisch wurgelacht; ist aber in Wahrheit der schändlichste Verrat an den Arbeiterinteressen, in deren Namen angeblich die Worte geäußert worden sind. Es soll gar nicht untersucht werden, ob eine erfolgreiche Straßenrevolution, die der Gewalt von oben die Gewalt von unten entgegensetzt, jetzt unternommen werden könnte; jetzt, wo neun Millionen Männer in militärischen Uniformen stehen. Selbst wenn ein erheblicher Teil der Soldaten dem Revolutionsruf folgen würde, was angesichts des Verhaltens der neuen Regierung durchaus nicht sicher wäre, so könnte doch auch die siegreiche Revolution nichts anderes tun, als was jetzt von der Reichsregierung bereits geschehen ist oder vorbereitet wird. Die Demokratisierung eines Staatswesens läßt sich zur Not durch Gewalt durchsetzen, niemals aber die Sozialisierung. Nach dieser Richtung sollten doch wirklich die blutigen und mit endlosem, vermeidbarem Volksweh überreichlich durchtränkten Spuren schreden, die das Wirken der Völksewisten begleitet haben. Ist die Demokratisierung im weitesten Maße eine Bewegung des Geistes und der Geister, so ist die Sozialisierung abhängig von der Technik und der Organisation. Beides ist weit genug vorgeschritten, um die Sozialisierung gewisser Betriebszweige schon jetzt zumutlich. Wenn jedoch der Sozialismus das Lebensideal bildet, wer in ihm den Glück-, Friedens- und Freiheitsbringer der Völker erkennt, der wird eben deshalb mit allen

Kräften den Versuchen sich entgegenstemmen, jetzt im Kriege ein Experiment zu unternehmen, das von vornherein nicht nur zum Mißlingen verurteilt wäre, sondern das der Sache des Sozialismus und der Demokratie für lange Zeit hinaus schwersten Schaden und verhängnisvolle Schwächung bringen müßte. Es wäre unverantwortlich und schändlich, den Arbeitern eine Kata Morgana vorzuspiegeln, durch die sie nur noch tiefer in die Wüste des Elends gelockt würden. Der kühnste Wald und die verlockende Stadt, die die Kata Morgana dem lechzenden Wüstenwanderer zeigt, besteht. Sie ist da. Aber sie ist nicht so nah, wie das Trugbild glauben macht. Nicht nach zwei Stunden, wie der Wanderer meint, sondern nach zwei Tagen wird er sie erreichen. Sie liegt auch nicht in der Richtung, in der das Spiegelbild sie verlegt. Und gerade darum ist es so gefährlich, dem Lustbilde nachzugehen. Denn der Wanderer entfernt sich dadurch von seinem Ziele, statt sich ihm zu nähern, und schließlich bricht er erschöpft zusammen und hat keine Kraft mehr, Wald und Stadt zu erreichen. Genau so ist's mit dem Sozialismus. Wer ihn durch Gewalt in die Wirklichkeit glaubt überführen zu können, jagt einer Kata Morgana nach und entfernt sich vom Ziele, das er erstrebt. Nicht Halbheit, nicht Mißtrauen in die proletarische Kraft ist es, was diese bringende Warnung aussprechen läßt, sondern die glühende Hingabe an den Sozialismus, verbunden mit dem heißen Bestreben, jeden Tropfen Arbeiterblut zu schonen, soweit das möglich ist, zwingt dazu, offen eine Frage zu besprechen, die in diesen aufgeregten Tagen in Millionen Köpfen von Männern und Frauen sich erhoben hat.

Wälzen sich die Ereignisse so schnell und folgerichtig vorwärts, wie es in den letzten Wochen geschehen ist, dann soll man diese Ereignisse sich ruhig weiter entwickeln lassen. Wird doch die gewaltige Walze gebildet aus unserm Einzelwillen. Jeder, der mit nach vorwärts strebt, ist ein Teil der Kraft, die in der Walze sich äußert. Solange sie sich bewegt, bedarf es keiner Nachhilfe. Durch temperamentvolle Ungebild, so individuell begreiflich und sachlich berechtigt sie sein mag, kann der Gang der Ereignisse nicht beschleunigt werden. Jeder einzelne bedarf des Nestes an Kraft, den der Krieg ihm gelassen hat. Geschlossener Widerstand in jeder möglichen Form würde unsererseits erst dann zu leisten sein, wenn von irgendeiner Seite die Weiterentwicklung der Verhältnisse in der jetzt eingeschlagenen Richtung durchkreuzt werden sollte.

Die Reichstagsitzung am 26. Oktober hat der Volksvertretung nicht nur das Recht gebracht, über Krieg und Frieden entscheidend mitzubestimmen, sie hat weiter nicht nur festgelegt, daß der Reichskanzler zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedarf, sie hat vor allem die Äußerungen der Kommandogewalt über Heer und Marine, die bisher allein in den Händen des deutschen Kaisers lag, in allen Einzelheiten von der Billigung durch den Reichskanzler und seine Vertreter abhängig gemacht. Da auch die Geheimkabinette des Kaisers nunmehr der Zivilgewalt der verantwortlichen Reichsregierung unterstellt worden sind, sind absolutistischen Neigungen für immer feste Nieten vorgeschoben. Man kann einwenden, das alles genüge nicht; das einfachste wäre doch gewesen, die monarchische Regierungsform überhaupt zu beseitigen. Wer republikanisch denkt, wird dem zustimmen. Aber die Situation ist jetzt doch so, daß für diesen Schritt bis zur Stunde keine Mehrheit im Parlament zu finden ist. Und durch Straßenputz in den Städten, selbst wenn sie umfassend und kräftig wären, läßt sich die fehlende Mehrheit nicht herbeizaubern. Gern oder ungern, der politisch Denkende wird in solcher Lage nehmen, was zu erlangen ist, ohne auf weitergehende Forderungen zu verzichten, und er wird sich vergegenwärtigen, daß die Personenfragen in solchen Zeckläufen wie den jetzigen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Auf die Hauptsache kommt es an, nicht auf Nebendinge. Und die Hauptsache ist jetzt, nachdem der preussische Militarismus im Lebensnerv getroffen worden ist, den preussischen Verwaltungsapparat zeitgemäß zu gestalten. Zunächst kann der Reichstag da nicht tief ein-

greifen. Aber die Aufgabe wird gelöst werden; mögen die Reaktionäre noch so wütend sich dagegen stemmen. Eins nach dem andern und einer nach dem andern. Die erste Bresche ist gelegt; weitere Ecksteine werden ausgebrochen werden, bis auch Preußen freigemacht ist vom Mist und Unrat alter Zeiten, der lange genug unsere Augen, Nasen und Zungen belästigt hat.

Die Arbeiter der Baugewerbe nicht als Schwerstarbeiter anerkannt.

Bei den zentralen Verhandlungen in Berlin am 9. und 10. September sprachen die Vertreter der Bauarbeiter den Wunsch aus, der Vorstand des Arbeitgeberbundes möchte bei den Ernährungsbehörden gemeinsam mit den Vorständen der Arbeiterverbände dahin wirken, daß die Bauarbeiter als Schwerstarbeiter anerkannt werden. Der Vorstand des Arbeitgeberbundes erklärte sich dazu gern bereit. Am 7. Oktober richteten nun die drei baugewerblichen Arbeiterverbände — der Bauarbeiterverband, der Zentralverband der Zimmerer und der Zentralverband christlicher Bauarbeiter — folgende Eingabe an das Kriegs-ernährungsamt:

An das Kriegs-ernährungsamt.

Die unterzeichneten Verbände des Baugewerbes beantragen hiermit, die im engeren Baugewerbe beschäftigten Personen (Bauhilfsarbeiter, Betonarbeiter, Dachdecker, Maurer und Zimmerer) als Schwerstarbeiter anzuerkennen und ihnen dementsprechend Zusatznahrungsmittel zu bewilligen.

Wir gestatten uns, folgende Begründung dazu zu geben: Alle hier genannten Arbeitergruppen sind dauernd oder doch so überwiegend im Freien beschäftigt, daß man sie in hohem Maße als Freiluftarbeiter bezeichnen muß. Der Einfluß der freien Luft auf den Körper besteht nach dem Urteil der medizinischen Wissenschaft vor allem in der Entziehung größerer Wärmemengen. Wärme bedeutet physiologisch Energie; der Freiluftarbeiter erleidet also einen größeren Energieverlust, was die vollständige Erfahrung in dem Maße ausdrückt: Freie Luft zehrt.

Das gilt, wie gesagt, für alle hier genannten Arbeiter. Sie alle haben schon lediglich wegen ihrer Tätigkeit im Freien einen größeren Bedarf an Nahrungsmitteln, als der in geschlossenen Räumen bei gewöhnlicher Temperatur arbeitende Mensch; gegen die Sommerhitze schützt sich der Körper durch Schweißbildung, gegen die Kälte der rauhen Jahreszeit durch angespannte Arbeit des Blutstromes; in jedem Falle aber ist ein erhöhter Kraftverbrauch physiologisch gegeben, der eine erhöhte Nahrungszufuhr bedingt.

Dieser Mehrverbrauch an Kräften wirkt um so stärker, als auch die Arbeit selbst einen erheblichen Kraftaufwand erfordert. Die Tätigkeit der Bauhilfsarbeiter — Zubereitung und Transport der Baustoffe — gehört überhaupt zu den schwersten Arbeiten, die in unserm Erwerbsleben vorkommen. Die Arbeit des Kalf- und Steinträgers ist für den Körper so ermüdend, daß die meisten dieser Arbeiter schon unter Friedensverhältnissen mit 45 Jahren zu gattfräkt waren, um den Beruf noch weiter fortzusetzen. Dahin mag man ermaßen, wie schwer jetzt das Los dieser Arbeitergruppe ist.

Unter ähnlichen Verhältnissen stehen die Beton- und Erdarbeiter. Auch deren Arbeit erfordert einen ungemein höheren Kraftaufwand als die Arbeit vieler anderer Arbeitergruppen. Es ist die Arbeit der Armierungstruppen, die von diesen Arbeitern zu verrichten ist, und bei der die Heeresverwaltung weit bessere Ernährung für nötig erachtet, als sie den Arbeitern dieser Gruppen heute zuteil wird. Dabei bleibt zu beachten, daß es sich heute größtenteils um Arbeiter der höheren Altersklassen handelt, die von vornherein über eine geringere Kraftreserve verfügen.

Die gelehrten Arbeiter des Baugewerbes: Dachdecker, Maurer und Zimmerer werden nach landläufiger Ansicht nicht zu den Gruppen gezählt, die eine besonders schwere Arbeit zu verrichten haben. Die köstlichen Scherze über diese Gewerke, die in einer längst verschwundenen Zeit mit ganz andern Betriebsverhältnissen und längst aufgegebenen Arbeitsmethoden entstanden, aber sich bis heute erhalten haben, verwirren das öffentliche Urteil über die körperlichen Leistungen dieser Arbeiter. Die Ausübung dieser Berufe stellt, im Gegensatz zu der überlieferten Ansicht, sehr hohe Anforderungen an die körperliche Widerstandskraft der Arbeiter. Wer jemals beobachtet hat, wie schnell heute ein Mann aus der Erde schießt, wird sich jagen müssen, daß hier Leistungen verlangt werden, die den Mann schon nach kurzer Zeit ermüden und die nur bei sehr kräftiger Kost dauernd geleistet werden können, wenn nicht der Mann in wenigen Jahren am Ende seiner Kräfte sein soll. — Der Zimmererberuf ist überhaupt nur von besonders kräftigen Menschen auszuüben. Das Leben und

Tragen von schweren Hölzern erfordert eine robuste Körperlichkeit und eine dauernde gute Beschäftigung. — Für den Dachdecker kommt daneben in Betracht, daß zu der körperlichen Mühe die dauernde Anspannung der Nerven hinzutritt, um der steten Gefahr des Abstürzens zu entgehen; auch hierin liegt ein Energieaufwand, der wie jeder andere durch ausreichende Nahrungszufuhr ersetzt und weiter ermöglicht werden muß.

Für alle Gruppen der Bauarbeiter aber gelten daneben folgende zwei Erwägungen, an denen das Kriegsernährungsamt nicht vorübergehen darf:

Die Bauarbeiter haben sich während der Kriegszeit mit den gewöhnlichen Nationen begnügen müssen; die Versorgungsbehörden haben die Bauarbeiter nur in verhältnismäßig wenigen Fällen zu den Schwerarbeitern gerechnet, und die Beschäftigungsart der Bauarbeiter brachte es mit sich, daß ihnen nicht wie den Arbeitern der Rüstungsindustrie werksseitig besondere Zusatznahrungsmittel zuteil wurden. Sie leiden nun schon länger als drei Jahre unter dem Mangel, sie sind körperlich arg heruntergekommen und bedürfen darum dringend einer Aufbesserung ihrer Ernährung.

Zweitens bitten wir sehr, den Umstand zu beachten, daß die Löhne der hier genannten Bauarbeiter seit langer Zeit tariflich geregelt sind, daß es den Bauarbeitern darum nicht möglich war, wie etwa den Arbeitern in manchen Zweigen der tariflosen Großindustrie, ihr Lohnvermögen durch volle Ausnutzung der Lage des Arbeitsmarktes zu erhöhen; sie standen unter gültigen Tarifverträgen und sahen sich bei ihrem Streben nach angemesseneren Löhnen an die tariflichen Bestimmungen gebunden. Infolgedessen sind ihre Löhne auch heute noch bei weitem niedriger als die der großen Masse der Rüstungsarbeiter, und das bedingt, daß sie nicht wie jene teure Nahrungsmittel außerhalb der Rationierung kaufen können.

Abschließend fühlen wir uns verpflichtet, das Kriegsernährungsamt darauf hinzuweisen, daß nicht wenige der in diesem Jahre vorgekommenen Arbeitsbeeinträchtigungen im Baugewerbe unmittelbar auf den nackten Hunger zurückzuführen sind; eine zustimmende Entscheidung über unsern Antrag liegt darum nicht nur im Interesse der Bauarbeiter, sondern ist auch aus bedeutenden nationalpolitischen Gründen geboten.

Ergebenst (Unterschriften).

Dieser Eingabe der Arbeiterverbände schloß sich der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe am 10. Oktober mit folgender Eingabe an:

Die baugewerblichen Arbeiterzentralverbände haben am 7. Oktober dieses Jahres unter ausführlicher Begründung die Bitte an das Kriegsernährungsamt gerichtet, die Bauhilfsarbeiter, Betonarbeiter, Dachdecker, Maurer und Zimmerleute als Schwerstarbeiter anzuerkennen und ihnen die für solche vorgesehenen Zusatznahrungsmittel zu bewilligen.

Wir schließen uns dieser Bitte als Vertretung der deutschen Bauarbeitgeber an. Die Bauarbeit stellt schon an sich höhere Anforderungen an die Körperkräfte als die Arbeit in den meisten andern Gewerben; ihre Ausübung im Freien bei oft ungünstiger Witterung bedingt, wie in der Eingabe der Arbeiterverbände richtig hervorgehoben ist, einen starken Kräfteverbrauch. Das hat viele Bauarbeiter veranlaßt, während des Krieges ihren Beruf zu wechseln und in der stark beschäftigten Rüstungsindustrie Arbeit zu nehmen, wo ihnen vielfach in gesundheitlicher Beziehung angenehmere Lebensverhältnisse geboten werden. Es kommt hinzu, daß die Rüstungsindustrie, die nicht wie die Baugewerbe an langfristige Verträge gebunden ist und bei Vermehrung der Preise ihrer Produkte daher die Konjunktur ausnützen konnte, in der Lage war, die Arbeiter besser zu bezahlen als das Baugewerbe, und ihren Arbeitern auch dadurch die Möglichkeit der Beschaffung einer besseren Ernährung bot.

Die Abwanderung der Bauarbeiter und der dadurch entstandene Arbeitermangel haben trotz der weitgehenden Einschränkung der Bautätigkeit schon zu erheblichen Mängeln geführt, vielfach ist die rechtzeitige Fertigstellung kriegswichtiger Bauten dadurch unmöglich geworden. Wir halten es — auch im Interesse der Landesverteidigung — für dringend erforderlich, daß dem Baugewerbe die noch vorhandenen Arbeiter erhalten und bereits abgewanderte wieder zugeführt werden. Das ist auch die erste Voraussetzung für alle Maßnahmen, die zur Behebung der kommenden und sich bereits vielerorts bemerkbar machenden Wohnungsnot geplant sind.

Es kommt aber nicht allein darauf an, dem Baugewerbe eine möglichst große Zahl von Bauarbeitern zur Verfügung zu stellen, sondern diese Bauarbeiter müssen auch voll leistungsfähig ihrer schweren Arbeit gewachsen sein, was sie vielfach infolge der ungenügenden Ernährung nicht mehr sind.

Der geeignete Weg zur Erreichung beider Ziele ist die Anerkennung der Bauarbeiter als Schwerstarbeiter. Wir empfehlen den Antrag der Bauarbeiterzentralverbände daher zur möglichst baldigen Berücksichtigung.

Der Vorstand

des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Der Vorsitzende: E. Behrens.

Die Antwort des Kriegsernährungsamtes auf diese Eingaben ist leider verneinend ausgefallen. Sie lautet:

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes.

Auf das Schreiben vom 10. Oktober 1918 . . . erwidere ich ergebenst, daß dem Antrage der baugewerblichen Arbeiterzentralverbände auf Anerkennung der Bauhilfsarbeiter, Betonarbeiter, Dachdecker, Maurer und Zimmerleute als Schwerstarbeiter leider nicht stattgegeben werden kann.

Eine Aenderung der bestehenden Bestimmungen im Sinne Ihrer Eingabe würde zu Forderungen anderer schwer arbeitender Arbeiterklassen führen, denen bei der gespannten Ernährungslage nicht entsprochen werden könnte. Im Auftrage: gez. Reim.

Bei dem allgemeinen Mangel an Lebensmitteln war diese Antwort des Kriegsernährungsamtes leider von vornherein zu befürchten, um so mehr, als auf ähnliche Eingaben ähnliche Antworten erfolgt waren. Die Arbeiter der Baugewerbe werden es trotzdem schwer empfinden, daß eine

Aufbesserung ihrer knappen Nationen nicht möglich sein soll. Sie werden es sich auch nicht ausreden lassen, daß eine Aufbesserung sehr wohl möglich wäre, wenn nur die vorhandenen Vorräte restlos erfaßt werden könnten.

Internationale Nachrichten.

Oesterreich.

Der Verband der Zimmerer Oesterreichs hielt am 13. Oktober seinen sechsten Verbandstag, den ersten seit dem Jahre 1913, in Wien ab. Vertreten waren auf demselben 14 Delegierte, 5 Mitglieder des Zentralvorstandes, 3 Mitglieder der Kontrolle, 1 Vertreter der Gewerkschaftskommission sowie 1 Vertreter des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands. Einige Delegierte konnten der schlechten Zugverbindung und der plötzlich einsetzenden Bahnsperre wegen Wien nicht mehr rechtzeitig erreichen. Aus dem im Druck vorliegenden Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Der letzte, im Mai 1913 abgehaltene Verbandstag beauftragte den Zentralvorstand, mit dem Verbandsrat der Bauarbeiter über die Verschmelzungsfrage in Verhandlungen zu treten. Bei diesen Verhandlungen konnte ein positives Resultat nicht erzielt werden und zerschlug sich die ganze Frage schließlich an der Klippe der Streikunterstützung. Das Jahr 1914 schien für den Verband recht vielversprechend zu werden. Die Baukonjunktur setzte im Frühjahr schon rechtzeitig ein, und war deshalb die Hoffnung auf einen besseren Aufschwung für die Organisation wohl berechtigt. Zu Ende Juli desselben Jahres begann aber alsdann der Krieg mit Serbien, und mit diesem Augenblick hörte auch jede Werbe- und Agitationsstätigkeit für den Verband auf. In den ersten drei Monaten, Juli, August und September, haben noch regelmäßig 98 Ortsgruppen über die Mitgliederbewegung berichtet. Danach haben diese Orte zusammen 4235 Mitglieder gezählt, wovon in den drei erwähnten Monaten nicht weniger als 2598 — das sind 61 pZt. — zum Kriegsdienst einrücken mußten.

Mit der Mobilisierung hörte auch sofort jegliche Bautätigkeit auf. Alle auswärtig arbeitenden Kollegen mußten sehen, so schnell als möglich nach Hause zu kommen, weil auch der Eisenbahnbetrieb für den Zivilverkehr auf längere Zeit gesperrt war. Damit war denn auch eine regelmäßige Verbindung und Regelung der Organisationsverhältnisse zwischen den Mitgliedern, der Zentrale und den Gauleitern vollständig zerstört. Auch wurden die drei Gauleiter von Graz, Wien und Brünn sofort einberufen. Es war daher auch nicht möglich, in den ersten Monaten des Krieges eine Uebersicht über die Verheerung, die der Krieg in den Reihen der Organisation verursacht hatte, zu gewinnen. Im Jahre 1916 wurden alsdann noch der Verbandsvorsitzende sowie abermals zwei Gauleiter zu den Waffen eingezogen. Dies hat selbstverständlich noch eine weitere Schwächung des Verbandes bedeutet, weil all diese Genossen doch Agitationskräfte waren, die gerade in diesem Moment, wo die Organisation sie am notwendigsten brauchte, ihrer Betätigung entzogen wurden.

Durch die allgemeine Schwächung des Verbandes ist auch die Kassengebarung sehr benachteiligt worden. In dieser Hinsicht wurden alle möglichen Maßnahmen getroffen, um ein Gleichgewicht herzustellen; aber die fortwährenden Einberufungen, welche wieder eine fortwährende Verminderung der Mitgliederzahl zur Folge hatten, haben alle diese Maßnahmen wieder zunichte gemacht.

Über die Mitgliederbewegung, den Ländern nach verteilt, gibt folgende kleine Tabelle Aufschluß:

Land	1912	1913	1914	1915	1916	1917
			30. Juni	31. Dez.		
Böhmen	2814	2539	2502	878	490	303
Bukowina	4	—	—	—	—	—
Galizien	101	62	48	—	—	—
Istrien	214	301	369	30	23	12
Kärnten	55	36	20	12	—	4
Krain	1	8	10	—	5	—
Mähren	348	245	248	89	36	10
Nieder-Oesterreich ..	771	594	583	300	74	35
Ober-Oesterreich ..	326	514	521	286	124	70
Salzburg	174	207	216	128	98	114
Schlesien	16	10	5	—	—	—
Steiermark	637	526	539	318	100	56
Tirol u. Vorarlberg ..	188	97	95	32	18	11
Wien	2512	1625	1643	1280	315	809
Zusammen	8113	6866	6888	3368	1283	920

Von großer Bedeutung war die Arbeitsvermittlung, besonders während des Krieges. In den Jahren 1912 bis 1917 lagen 15 720 Angebote auf Arbeit vor. Diesen Angeboten standen 13 593 Gesuche auf Arbeit gegenüber. Vermittelt konnten 12 907 Gesuche werden. Die Vermittlung wird jetzt immer schwieriger, weil fast keine Zimmerer mehr vorhanden sind.

Die Wirkung der Kriegszeit machte sich auch bei den Lohnbewegungen stark bemerkbar. Bis zum Jahre 1916 war jede Tätigkeit hinsichtlich der Lohnbewegungen entweder überhaupt unmöglich oder doch sehr erschwert. Erst nach dieser Zeit verbrüteten sich die Lohnbewegungen unter den gegebenen Verhältnissen in stärkerem Umfange. Zu Beginn des Krieges wurden Stundenlöhne festgestellt von 27 bis 73 Heller. Gegenwärtig beträgt der niedrigste Stundenlohn 90 und der höchste Stundenlohn 270 Heller.

Der Krieg hat natürlich auch auf die Finanzgebarung des Verbandes ganz gewaltig eingewirkt. Ist doch ein Rückgang der Verbandseinnahmen im Jahre 1917 gegen das Jahr 1912 von nicht weniger als 86,74 pZt. eingetreten. Während die Einnahmen des Verbandes von 1903 bis 1912 ständig stiegen (von Kr. 2913,37 auf Kr. 177 510,15), sind sie von Kr. 177 510,15 im Jahre 1912 gefallen auf Kr. 23 523,87 im Jahre 1917. Die Ausgaben gestalteten sich in den gleichen Jahren wie folgt: Kr. 386,88 im Jahre 1903 und Kr. 160 099,49 im Jahre 1912,

um dann wieder zu fallen auf Kr. 39 909,15 im Jahre 1917. Ähnlich so sieht es mit dem Bestande in der Hauptkasse aus. Im Jahre 1903 verfügte man über ein Vermögen von Kr. 986,06. Dieses stieg im Jahre 1913 auf Kr. 163 159,95 und ist wieder gefallen auf Kr. 93 909,15 im Jahre 1917. Vorausgab wurden in den Jahren 1913 bis 1917 für Arbeitslosenunterstützung Kr. 49 502,50, für Notfallunterstützung Kr. 4258,80, für Reiseunterstützung Kr. 933,80 und für Lohnbewegungen Kr. 41 354,03.

Auf dem Verbandstage selbst drehte sich die Diskussion um die Reorganisation des Verbandes. Hierzu hatte der Verbandsrat recht umfangreiche Vorlagen vorbereitet. Die Verbandsbeiträge, welche bisher für 40 Wochen im Jahre zu leisten und je nach dem Verdienst in 5 Klassen geteilt waren, schwankten zwischen 44 und 88 Heller pro Woche. Beschlossen wurde, die Beitragspflicht auf 44 Wochen auszudehnen; anstatt 5 Beitragsklassen wurden deren 6 geschaffen. Die wöchentlichen Beiträge bewegten sich zwischen 80 Heller bei einem Verdienst bis 50 Heller und 180 Heller bei einem Verdienst von 131 bis 150 Heller. Die Eintrittsgebühren wurden von 60 Heller auf 100 Heller erhöht. Neben dem Verbandsbeitrag soll ein Ortsgruppenbeitrag, je nach den Beitragsklassen, von 10, 20 und 30 Heller erhoben werden. Durch die Erhöhung der Beiträge wurden alsdann dementsprechend alle Unterstützungen erhöht, so die Reiseunterstützung von Kr. 1 auf Kr. 1,50. Eine wesentliche Umwälzung wurde mit der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen. Nach den jetzigen Bestimmungen erhalten diejenigen Mitglieder die Unterstützung, welche dem Verbandsrat 2 Jahre ununterbrochen angehören und 88 Wochenbeiträge geleistet haben. Die Unterstützungssätze regeln sich zunächst nach den Beitragsklassen und dann nach dem Alter der Mitgliedschaft sowie den geleisteten Wochenbeiträgen. Es wird nunmehr eine Unterstützung gezahlt: in der 1. Klasse und unter fünfjähriger Mitgliedschaft bei 220 geleisteten Beiträgen von Kr. 5,60 pro Woche. Die Unterstützung steigt dann nach dreißigjähriger Mitgliedschaft und 1320 geleisteten Wochenbeiträgen auf Kr. 10,80 pro Woche. In der 6. Klasse wird unter den gleichen Bedingungen wie vorher eine Unterstützung von Kr. 14,40 gewährt, welche alsdann auf Kr. 19,80 steigt. Bisher wurden je nach den Beitragsklassen Kr. 4, 5, 6, 7 und 8 pro Woche gezahlt. Ueber die Notfallunterstützung waren bisher bestimmte Sätze im Statut nicht festgelegt, sondern der Zentralvorstand konnte je nach dem Umfang der Notlage die Unterstützung selbst bestimmen. Nunmehr ist beschlossen, daß diese Unterstützung je nach der Beitragsklasse Kr. 9, 12, 15, 18, 21 und 24 betragen soll. In besonders berücksichtigungswürdigen Fällen kann indeß auch eine höhere Unterstützung gewährt werden. Auch die Streikunterstützung wurde um ein Bedeutendes erhöht. Nur ist man hier mit dem Alter der Mitgliedschaft nicht soweit gegangen wie bei der Arbeitslosenunterstützung. Vorweg kommt natürlich die Beitragsklasse in Frage; dann erhalten diejenigen Mitglieder, welche dem Verbandsrat erst bis zu 9 Wochen angehören, in der 1. Klasse Kr. 1,60 pro Tag. Diejenigen, die dem Verbandsrat bis zu 1 Jahr angehören, Kr. 2,40 pro Tag und schließlich diejenigen, welche dem Verbandsrat über 1 Jahr angehören, Kr. 3,20 pro Tag. In der 6. Klasse beträgt die Unterstützung unter den vorerwähnten Bedingungen Kr. 3,60, 5,40 und 7,20 pro Tag. Außerdem wird noch eine besondere Unterstützung für jedes Kind, welches noch nicht 14 Jahre alt ist, gezahlt. Diese bewegt sich zwischen 16 und 26 Heller pro Tag.

Die neue Beitragsleistung tritt am 1. Januar 1919 in Kraft. Die erhöhte Streikunterstützung wird vom 1. Juli 1919 ab gezahlt, und alle andern Unterstützungen werden vom 1. November 1919 ab gewährt.

Alle diese umfassenden Aenderungen sind natürlich dem ganzen Statut angepaßt worden. Schließlich wurde noch über einen Anstellungsvertrag für die Verbandsbeamten beraten und beschlossen. In diesem Vertrage ist festgelegt: die Arbeitszeit, die Lösung des Dienstverhältnisses, die Entlohnung der Verbandsbeamten, die mit einem Anfangsgehalt von Kr. 360, 380 und 400 eingestellt werden. Das Gehalt steigt dann alle 2 Jahre um Kr. 30 bis zum Höchstbetrag von Kr. 660, 700 und 800 pro Monat. Ferner sind Bestimmungen vorgesehen über das Verhältnis zu den Krankenkassen und Pensionseinkünften sowie über Urlaub, welcher je nach der Dauer der Dienstzeit mit 2, 3 und 4 Wochen festgesetzt ist, über die Zahlung des Gehalts bei Krankheits- und Sterbefällen sowie bei zu verbüßenden Strafen, die sich der Beamte infolge seiner Tätigkeit für die Organisation zugezogen hat usw. Infolge der außerordentlich teuren Verhältnisse in Wien wurden die Diäten auf Kr. 40 ohne Uebernachten und auf Kr. 50 mit Uebernachten festgesetzt. Mit dem Wunsche und in der Hoffnung, daß der jetzt angebahnte Waffenstillstand recht bald zum Frieden führen möchte, damit die Tätigkeit für die Organisation mit ganzer Kraft wieder aufgenommen werden kann, wurde alsdann der Verbandstag geschlossen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Kassengeschäftliches.

Nachstehende Zahlstellen haben die Abrechnung für das dritte Quartal noch nicht eingesandt (die mit einem Stern [*] versehenen haben wohl die Abrechnung, aber keine Mitgliederliste eingesandt): Altheim, Annaburg, Apolda, Bad Orb, Bartenstein, Berlin, Blankenburg a. S., Bonn, Bremerörbe, Buchen, Cassel, Dahme, Dessau, Dieburg, Eisen, Emden, Frankfurt a. d. O., Freiburg i. B., Fürstentum, Gardelegen, Garstedt, Goldap, Gommern, Gräfen, Gröden, Groß-Neuendorf, Grünberg i. B., Habersleben, Halberstadt, Herbsleben, Jülich, Jüterbog, Kallowitz, Kitzingen, Königsmuthausen, Korbau, Lahn, Lahr, Landau, Langfeld, Lützen,

Lörrach, Löwenberg, Lufenwalde, Marne, Merseburg, Mittweida, Mohrungen, Mölln, Mühlberg, Reidenburg, Reustettin, Neumagden, Oederberg, Oldesloe, Oranienburg, Osterwieck, Pforzheim, Piskallen, Rahden, Reichenbach i. Schl., Rheinsberg i. d. M., Rothemühl, Rübelsdorf, Salzwedel, Seehausen i. d. Altmark, Segeberg, Seidenberg, Sorau, Spremberg, Sulingen, Swinemünde, Schladeben, Schleswig, Schwiebus, Stettin, Stendal, Stralsburg i. G., Torgelow, Vellten, Wankendorf, Wesel, Wilster, Wittenberg (Bez. Halle), Wusterhausen, Zehdenick, Ziegenhagen.

Adolf Rümer, Kassierer.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin und Umgebung. Die am 18. Oktober tagende Zahlstellenversammlung erledigte zunächst die Abrechnung vom dritten Quartal 1918. Dieselbe verzeichnete in Einnahme und Ausgabe der Zentralkasse M 14 394,10. Der Einnahme der Lokalkasse von M 7307 steht eine Ausgabe von M 5616,33 gegenüber. Der Vermögensbestand betrug M 66 789,79. Von den bei Kriegsausbruch vorhandenen 2320 Mitgliedern sind bis zum Schluss des dritten Quartals dieses Jahres 1630 zum Heeresdienst einberufen. Im Kriege gefallen beziehungsweise an Verwundungen und Krankheiten gestorben sind 124. Der gegenwärtige Mitgliederbestand beträgt 1380. — Die Geschäftslage zeigte auch im verfloßenen Quartal einen weiteren Aufschwung. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war durchweg viel stärker als das Angebot. Zeitweilig wurden die Zimmerer, wie man so zu sagen pflegt, mit der Laterne gesucht. Sodann trat die Versammlung in die Beratung über das Ergebnis der Tarifverhandlungen ein. Bei den Verhandlungen mit dem Verband der Baugeschäfte, die am 3. Oktober dieses Jahres zu Ende geführt worden sind, ist für den Abschluss eines neuen Tarifvertrages im Berliner Zimmerergewerbe folgender Vorschlag zustande gekommen:

1. Der Stundenlohn (Tariflohn) für Zimmerer beträgt vom 19. Oktober 1918 bis zum 31. März 1919 M 1,90.
2. Wo bereits höhere Löhne gezahlt werden, dürfen Lohnüberhebungen nicht vorgenommen werden.
3. Neueinstellungen von Zimmerleuten haben auf allen Arbeitsplätzen nur zu dem Tariflohn zu erfolgen.
4. Die Vertragsparteien verpflichten sich, für die fristlose Innehaltung aller Vertragsbestimmungen, namentlich des vereinbarten Tariflohnes, einzutreten.
5. Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß das Fördern und Anbieten höherer oder niedrigerer Lohnsätze, als im Vertrag vereinbart, als Vertragsverletzung gilt. Wird einer Vertragspartei eine Vertragsverletzung bekannt, so hat sie dies pflichtgemäß der andern Vertragspartei umgehend mitzuteilen, und Beauftragte beider Parteien haben gemeinsam Schritte zu schaffen. Gelingt dies nicht, so ist der Fall der Schlichtungskommission zur weiteren Regelung zu überweisen.

Diesem Vorschlag stimmte die Versammlung zu und ernannte den Vorstand, auf dieser Grundlage ein neues Tarifverhältnis mit dem Verband der Baugeschäfte abzuschließen. Zur Frage der Winterbeiträge wurde nach gründlicher Debatte der Beschluß gefaßt, in der Zeit vom 16. Dezember 1918 bis 22. Februar 1919 von den im Berliner Zahlstellengebiet beschäftigten Verbandskameraden einen wöchentlichen Beitrag von M 1 zu erheben. Arbeitslose und kranke Mitglieder sind von diesen Beiträgen befreit. Erstere, wenn sie sich den üblichen Kontrollvorschriften unterziehen; letztere, sofern sie den Nachweis der Krankheit erbringen.

Groß-Berlin. Am 20. Oktober fand in der Wirtenschaft von Reichel eine öffentliche Zimmererversammlung statt, die gut besucht war. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom dritten Quartal; sie wurde ohne Widerspruch genehmigt. Weiter berichtete der Kassierer, daß unsere Zahlstelle noch 20 zahlende Mitglieder zähle. Im letzten Quartal wurde ein neues Mitglied aufgenommen; unorganisierte Zimmerer sind in der Zahlstelle nicht mehr. Unter „Verschiedenes“ äußerten sich einige Kameraden über die Notwendigkeit der Beschaffung von Schuhen und Oberkleidern; die Schuhmacher besaßen keine Schuhe mehr, es fehlte an Leder. Es wurde ausgedrückt, daß wir mit Beschaffungen auf Wenden nicht arbeiten können, und angeregt der Hauptvorstand möge der Reichsbefehlshabersstelle entsprechende Anträge unterbreiten, damit Hilfe geschaffen werde.

Kiel. Am 15. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: Der Ausbau unseres Zentralverbandes, Referent Kamerad Gae; Berichtserstattung über die lokale Verhandlung; Abrechnung vom dritten Quartal; Verwendung der finanziellen Gasse und Mitteilungen. Kamerad Gae führte aus: Der Kriegszustand hat der Entwicklung unserer Organisation ein halt geboten. Pächten wir vorher 65 000 Mitglieder, so jetzt nur rund 20 000. Die erste Kriegszeit hatte eine große Arbeitslosigkeit nicht nur in unserem Berufe, sondern allgemein zur Folge. Wer die Einkaufungen verfolgte und gleichzeitig den Arbeitsmarkt, mußte schwarz in schwarz sehen. So kam es denn, daß alle Gewerkschaften über Unterstützungsvereine lachten. Wir haben die Bezüge der Arbeitslosenunterstützung gekürzt und die Ausgesteuertenunterstützung eingeführt. Der Zweck dieser Maßnahmen war eigentlich der, den Mitgliedern unseres Verbandes die Gelegenheit zu geben, recht lange die kommunale Unterstützung beziehen zu können, die auf Anregung der Reichsregierung allort eingeführt werden sollte. Es ist freilich anders gekommen; denn nur wenige Städte haben der Anregung Folge geleistet. Erster hat sich allerdings ergeben, daß unsere Maßnahmen nicht nötig gewesen wäre. Die beängstigende Arbeitslosigkeit der ersten Kriegsmenke flachte ab, die Nachfrage nach Zimmerern fehlte ein, und sie hält heute noch an. So ist es erklärlich, daß die Arbeitslosenunterstützung nur in geringem Umfange in Anspruch genommen wurde. Die einsetzende gute Arbeitsgelegenheit war aber anderer Art, als wir sie zu Friedenszeiten gewohnt waren; sie konzentrierte sich auf ganz bestimmte Plätze, oft in Gegenden, die weitab vom Verkehr lagen. Eine große Wanderung war die Folge. So angeregt auch die starke Nachfrage nach Zimmerern war, so ergaben sich bald andere Verhältnisse, und die wurden durch die Lohnfrage hervorgerufen. Die Arbeit war eben keine Heberlandarbeit im früheren Sinne, sondern es war eine Verlegung, besser Zerreißung des Haus-

haltes, es mußte ein doppelter Haushalt geführt werden. Dazu gehörten aber höhere Einnahmen, als der Tarifvertrag sie vorsieht, der für den Arbeitsort maßgebend ist. Vorher jedoch hierüber eine Klärung erfolgte, hat es langer Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeberbunde bedurft. Einmal mußten die Baufirmen höhere Löhne zahlen, als die ortsüblichen, um Leute zu bekommen, und dann wurde in der Auflösung eine Form gefunden, um einen Ausgleich herbeizuführen; in besonderen Platzverträgen wurde das festgelegt. Hiergegen konnte auch der Arbeitgeberbund nichts unternehmen. Die Lohnfrage steht auch heute noch im Vordergrund. Die im Jahre 1913 abgeschlossenen städtischen Tarifverträge und auch der Reichstarifvertrag haben Stundenlöhne vor für die Friedenszeit. Entsprachen sie schon damals nicht den Bedürfnissen, so in der Kriegszeit erst recht nicht. Der Arbeitgeberbund vertrat den rückständigen Standpunkt, daß der Tariflohn Höchstlohn sei, und dazu verbietet er seinen Unternehmern, höhere Löhne zu zahlen. Der Tarifvertrag hat sich als ein Instrument erwiesen, das in der Kriegszeit den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht Rechnung trug. Nicht nur der Arbeitgeberbund vertrat diesen rückständigen Standpunkt, auch militärische Stellen, Kriegsamt und Kriegsamtstellen. Solche Zustände mußten eine Verärgerung der Mitglieder, wie die aller Arbeiter des Baugewerbes zur Folge haben, und so erklärt es sich auch, daß der Tarifvertrag als eine Finesse, als ein Mach aufgesetzt werden konnte. Die mit dem Arbeitgeberbund unter Leitung der Reichsregierung vereinbarten Teuerungszulagen haben einen vollen Ausgleich der Teuerung nicht gebracht. Sie waren in der Regel schon überholt, bevor die Zulage zur Auszahlung gelangte. Eine Selbsthilfe der Kameraden war in der alten Form ausgeschlossen, Kriegsgefahr hinderten sie und lasten heute noch schwer auf dem Arbeiter. Wer alle die Hemmnisse kennt, wird zugeben müssen, daß es ein nicht zu unterschätzender Erfolg war, durch Verhandlungen den Stundenlohn um 52 bis 70 % zu erhöhen. Das ist der Erfolg der Organisation trotz ihrer numerischen Schwäche. Die Bedeutung der Organisation wird dadurch stark zum Ausdruck gebracht. Die Lohnfrage wird auch fernerhin und ganz besonders in den ersten Jahren nach dem Kriege eine recht bedeutende Rolle spielen. Es kann nicht damit gerechnet werden, daß nach Eintritt des Friedens die Kosten für die Lebenshaltung billiger werden, und sollte das wirklich der Fall sein, dann sind wir in unserm Haus und auch körperlich so weit herunter, daß eine weitere Steigerung des Lohnes unbedingt erforderlich ist. Nicht mehr lange wird es dauern, und die neuen Tarifverträgen, die neue Aufstellung der Lohnfrage wird erfolgen. Nach welcher Richtung der Arbeitgeberbund die Lohnfrage drängen wird, ist nicht schwer zu erraten. Das, was bevorsteht, ist von außerordentlicher Bedeutung für die Zukunft. Haben wir bisher die Organisation hochgehalten und trotz der vielen Hindernisse ganz im Geiste unseres Zentralverbandes geführt, so muß uns die Zukunft weiter stark und gerichtet finden. Nur unausgesetzte Agitation, Aufklärung, Werben neuer Mitglieder und Weitergewinnung alter vermag uns die größte Kraft zu verschaffen. Und wenn wir immer auf die Bedeutung der Organisation hinweisen, wird uns das gelingen. Die Kriegszeit hat aber auch noch andere Schattenseiten gezeigt. Die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß oft recht sehr die tarifliche oder ortsübliche Arbeitszeit überschritten worden ist. Ueberstunden sind in großem Umfange gemacht worden; dasselbe gilt von Nacht- und Sonntagsarbeit. Die Notlage der Kameraden, die schnelle Fertigstellung der Bauten erforderte zum Teil Verlängerung der Arbeitszeit; das sind Entschuldigungen, die wir später nicht mehr gelten lassen dürfen. Wir haben uns zu hüten, diese Mißstände mit in die Friedensperiode hinführen zu nehmen. Fragen wir einmal nach dem Bauarbeiterschutz, dem gerade in unserm Reigen die größte Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Auch der liegt im argen. Wo wir hinschauen, sehen wir nur Arbeit für die Organisation, und wir wollen uns der Tatsache, daß in der Kriegszeit viele Mißstände eingerissen sind, nicht verschließen. In dem Maße, wie es gelingt, die Verbandskammeraden wieder zu veranlassen, sich den Verbandsaufgaben wieder voll zu widmen, werden sich auch die Zukunftsaufgaben lösen lassen. Dazu gehört auch der innere Ausbau unseres Zentralverbandes. Mit Beendigung des Krieges wird auch unser Zentralverband vor neue Aufgaben gestellt werden. Er wird seine Unterstützungsvereine ausbauen und auch neue schaffen müssen. Mit einer Erhöhung der Unterstützungsätze wird es allein nicht abgetan sein, es wird von Grund aus geändert werden müssen. Wie die Bauwirtschaft sich gestalten wird, läßt sich noch gar nicht übersehen. Wir haben auf einer Seite Mangel an Wohnungen bis zur Wohnungsnot und auf der andern Seite Mangel an Baumaterialien und Geld, so daß recht schlechte Verhältnisse für die private Bautätigkeit vorhanden sind. Den Stadterweiterungen und auch den Genossenschaften wird es leichter sein, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Wir müssen also schon aus diesem Grunde mit einer großen Arbeitslosigkeit rechnen. Wir müssen weiter damit rechnen, daß noch erfolgter Rückkehr unserer Kameraden aus dem Felde für unsere alten Kameraden die Möglichkeit, Arbeit zu finden, geringer werden wird. Es muß also bestimmt damit gerechnet werden, daß die Arbeitslosenunterstützung in großem Umfange in Anspruch genommen wird. Während der Kriegszeit sind wir von Epidemien verschont geblieben; es bedarf aber keines Beweises, daß wir, die zu Hause geblieben, so sehr zusammengekauert sind, daß schwere, langandauernde Krankheiten unausbleiblich sind, und die Kameraden, die Soldat waren, tragen so viele Krankheitskeime in sich, die sich in der Friedenszeit bald bemerkbar machen werden; und da ist die Forderung auf Einführung der Krankenunterstützung nicht von der Hand zu weisen. Und da auch in der Zukunft von dem Verbands die Gewährung einer Unterstützung in Sterbefällen gefordert werden wird, können wir der Frage auch heute schon im Zusammenhange mit allen andern nähere treten. Daß die Unterstützung bei Lohnkämpfen erhöht werde, bedarf besonderer Hinweise nicht. Mit dem Ausbau unseres Verbandes in bezug auf Arbeitslosen-, Kranken- und Sterbunterstützung wird nichts Neues ausgesprochen. Es ist aber gut, wenn wir uns einmal vergegenwärtigen, welche Mühe die Einführung der Arbeitslosenunterstützung gemacht, und wie nach der Einführung das Bestreben sich bemerkbar machte, sie auszubauen. Redner schilderte in eingehender Weise die Schwierigkeiten, die sich der Einführung der Arbeitslosenunter-

stützung entgegenstellten haben. Zwölf Jahre habe es erfordert, bis dieselbe in unserm Verbands zur Einführung gelangt sei. Nachdem die sechzigste Generalversammlung dieselbe beschlossen, lagen der siebzehnten bereits nicht weniger als 71 Anträge vor, die den Ausbau derselben fördern wollten. Die in Berlin tagende Generalversammlung brachte dann nach einer Neuordnung der Beiträge ihren jetzigen Stand. Die Zeit von 1913 bis heute hat aber eine so große wirtschaftliche Umwälzung hervorgerufen, daß Änderungen dringend nötig sind. In welchem Maße das geschehen kann, hängt von der Beitragsleistung der Mitglieder ab. Anträge auf Einführung der Krankenunterstützung lagen auf allen Generalversammlungen vor, und fast in demselben Umfange kehrten auch die Anträge auf Sterbunterstützung wieder. Daß auch die Reise- und Gemahregelunterstützung sowie die Entschädigung für verbranntes Werkzeug erhöht werden, ist selbstverständlich. Es fragt sich nur, in welchem Umfange es geschehen kann. Grundsatz müßte sein, daß jede Beitragsklasse eine in sich abgeschlossene Unterstützungsstufe bildet. Der heute schon festgelegte Grundsatz, daß mit der Dauer der Zugehörigkeit zur Organisation die Unterstützungsätze sich erhöhen, läßt sich weiter ausbauen und auch auf die Bezugszeit ausdehnen und muß für alle Unterstützungsstufen maßgebend sein. Bei der ganzen Frage wird es darauf ankommen, zu wissen, in welchem Umfange die Kameraden zur Leistung höherer Beiträge bereit sind. Es kommt darauf an, unsern Zentralverband so auszubauen, daß er in der Zeit nach dem Kriege seine Aufgaben auch in jeder Beziehung in vollkommener Weise erfüllen kann. Nach der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion wurde folgende Willensäußerung der Versammlung einstimmig angenommen: „Die Versammlung erblickt in dem Ausbau unserer Unterstützungsvereine eine weitere Stärkung des Verbandes und ist gewillt, auch die dafür nötige Beitrags-erhöhung zu leisten.“ Den Bericht über die lokalen Verhandlungen erstattete Kamerad Marten. In der Septemberversammlung fand die Berichtserstattung von der Gaukonferenz statt, deren Beschlüssen von der Versammlung zugestimmt wurde. Im Anschluß hieran wurden aus der Mitte derselben eine Reihe Wünsche vorgetragen, betreffend Verbesserung der bestehenden tariflichen Bestimmungen. Da auch in einigen Fällen Mitarbeit auf Veranlassung der Arbeitgeber geleistet worden ist, soll die Lokalkasse aufgefordert werden, die bestehenden Bedingungen des Vertrages strikte innezuhalten. Der Vorstand wurde beauftragt, eine Verhandlung nachzugehen. Betreffs der Mitarbeit wurde vollkommene Uebereinstimmung erzielt, und es soll der Vertrag strikte innegehalten werden. Den weiteren Verbesserungen, die aus nachstehenden Schreiben ersichtlich sind, stimmte die Versammlung zu:

Lokalkasse Baugewerbe

Kiel. Kiel, den 18. September 1918.

An den Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Kiel.

Die Generalversammlungen der Lokalkasse Baugewerbe Kiel und der Kieler Außenstelle haben beschlossen, den 1. und 2. Oktober 1918 in dem Bezirk der Lokalkasse Baugewerbe Kiel und für die Baustelle Wobbebrook eine Auslösung zu zahlen.

Vom 13. September 1918 ab wird den auswärtigen Gesellen und Arbeitern, die in den ihnen zugewiesenen Baracken auf eigene Kosten wohnen, dort Verpflegung finden, und denen, die in Kiel und Umgebung wohnen, aber durch ihre Ortspolizei den Nachweis liefern, daß sie außer der hiesigen Wohnung noch einen zweiten Haushalt führen und führen müssen, eine Auslösung gezahlt wie folgt: Jedem Ledigen pro Arbeitstag M 2, Verwitwete, ohne von ihnen zu unterhaltende Kinder unter 18 Jahren werden den Ledigen gleichgerechnet; jedem Verheirateten pro Arbeitstag M 3, Verwitwete, die für den Unterhalt von Kindern unter 18 Jahren zu sorgen haben, werden den Verheirateten gleichgestellt.

Es ist beabsichtigt, obigen Beschluß für die Kriegsdauer durchzuführen, jedoch soll derselbe vorläufig bis zum 31. März 1919 Geltung haben.

Hochachtung

Lokalkasse Baugewerbe Kiel. H. Rüter.

Lokalkasse Baugewerbe

Kiel. Kiel, den 8. Oktober 1918.

An den Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Kiel und Umgebung, a. H. des Herrn Marten, Kiel.

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 18. September 1918 und auf die Beschreibung in unserm Geschäftsamt am Sonnabend, den 28. September 1918.

Bezüglich der Ihrerseits vorgebrachten Wünsche hat die außerordentliche Generalversammlung der Lokalkasse Baugewerbe Kiel, E. B., am 2. Oktober 1918 folgende Beschlüsse gefaßt, die für die Kriegsdauer durchzuführen sind, jedoch vorläufig bis zum 31. März 1919 Geltung haben:

1. Erhöhung der Ueberstunden-Zulage. Die Berechtigung Ihrer Bitte um Erhöhung der Ueberstundenzulage wurde nicht aberkannt. Es wurde beschlossen, um nicht eine Tarifänderung vorzunehmen, eine Erhöhung als Kriegs-Teuerungszulage zu gewähren von 10 % pro Stunde.

Es werden also gezahlt werden:

Für Ueberstunden 20 %, statt wie bisher 10 %
 " Nachtarbeit 25 " " " " 15 "
 " Sonntagsarbeit 25 " " " " 15 "

2. Zahlung von Fahrgeld außerhalb des Tarifgebietes. Diese Frage wurde mit Wohlwollen geprüft und der Beschluß gefaßt, das Fahrgeld nach Baustellen außerhalb des Kieler Tarifgebietes zu bewilligen. Soweit Wochen- oder Monatskarten erhältlich sind und zu verwenden sind, sind diese zu vergüten, und zwar nach Wochen- beziehungsweise Monatszuschlag (da sonst die Karten bei eventuellem Niederlegen der Arbeit leicht abhanden kommen), wo solche nicht in Frage kommen, sind Einzelfahrten zu vergüten.

Es wurde festgestellt, die Erhöhung der Ueberstunden-Zulage, wie auch die Zahlung von Fahrgeld von Freitag, den 11. Oktober 1918 an in Kraft treten zu lassen.

Betreffs der weiter vorgebrachten Wünsche bezüglich Erhöhung der Wasserzählung und Genehmigung einer Zulage für Karbolinumarbeiten wurde beschlossen, diese Fragen bis zum Tarifablauf am 31. März 1919 zurückzustellen.

Hochachtend

Paul Stiefler.

Die Vorlage der Abrechnung, deren Richtigkeit von den Revisoren bestätigt war, wurde von der Versammlung anerkannt. Der Bestand der Kasse am Schlusse des zweiten Quartals betrug M 8420,61, die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse M 3899,15, die Einnahme der Kasse inklusive des Bestandes M 11 131,96, die Ausgabe derselben M 1895,87, der Bestand der Kasse am Schlusse des dritten Quartals demnach M 9236,09. Die Mitgliederzahl am Schlusse des Quartals betrug 400, wovon 388 volle Quartalsbeiträge entrichtet haben. An Restwochen waren 128 gegen 176 des zweiten Quartals zu verzeichnen. Das ganze Quartal krank waren 17 gegen 11 Kameraden im zweiten Quartal. Die Beerdigungskasse schloß ab mit einem Bestand von M 1866,93. Defizit im dritten Quartal M 22,01. An die Hinterbliebenen der im Felde gefallenen Kameraden wurde bisher eine Unterstützung von M 2262 ausgezahlt. Ermöglicht wurde die Aufrechterhaltung der Kasse dadurch, daß die in der Heimat verbliebenen Kameraden sich mit der Herabsetzung der Unterstützungsätze bis auf die Hälfte einverstanden erklärten. Der vorherrschenden Teuerung wegen ist vom 1. August 1918 ab das alte Statut wieder in Kraft gesetzt. Bezüglich der im Felde Gefallenen verbleibt es wie bisher. Die Beschlusfassung über die Verwendung der historischen Gefäße wurde zurückgestellt bis nach Rückkehr unserer im Felde stehenden Kameraden. Nach Erledigung einiger Mitteilungen fand die anregend verlaufene Versammlung mit einem kräftigen Appell des Vorsitzenden, für die Einheit und Geschlossenheit der Organisation einzutreten und deren Ausbau zu fördern, ihren Abschluß.

Sterbe i. Okt. Am 16. Oktober fand unsere Mitgliederversammlung statt. Anwesend war ein größerer Teil der Kameraden. Kamerad Köpper erstattete Bericht von der Gaukonferenz und über die Teuerungszulage. Mit dem Ergebnis erklärten sich die Kameraden zufrieden. Zur Verbesserung der Unterstützungseinrichtungen und der Beitragserhöhung setzte Kamerad Köpper den Versammelten auseinander, daß es wohl an der Zeit sei, die Arbeitslosenunterstützung zu einer Erwerbslosenunterstützung auszubauen. Die erforderlichen Mittel sollen durch Erhöhung der Beiträge und die Leistung der Beiträge das ganze Jahr hindurch, also auf 52 Wochen, erhoben werden. Einige Kameraden meinten, ob es nicht schon mit der Verlängerung der Beitragsleistung genug wäre, ohne zu erhöhen. Darüber konnte ihnen der Redner aber keinen Aufschluß geben und schlug vor, dieses der Generalversammlung zu überlassen, da der Ausgleich dort am besten herzustellen ist. Dann ernannte der Redner die Versammelten, sich mehr um die Organisation zu bemühen und die Kameraden, die dem Verbande noch fernstehen, diesem zuzuführen, damit wir bei Kriegsende stark und gerüstet dem Unternehmertum gegenüberstehen. Zum Schluß wurde noch ein neuer Kassierer gewählt, da der Kamerad Köpper, der die Geschäfte solange geleitet hat, den Abschied erhält und nach seiner Heimat, Danzig, reist, was die Kameraden sehr bedauern, da durch seine Tätigkeit die Kasse wieder ins Leben gerufen worden ist. An seiner Stelle wurde der Kamerad Hermann Bant als Kassierer gewählt, der die Geschäfte am 20. Oktober übernehmen wird. In der Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende wurde die Versammlung geschlossen.

Sterbefasel.

Braunschweig. Am 13. Oktober starb unser langjähriges Mitglied Johannes Martens im Alter von 71 Jahren.

Baugewerbliches.

Offene Stellen für Zimmerer. Dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 24. Oktober entnehmen wir, daß durch die Arbeitsnachweise folgender Orte Zimmerer gesucht werden. Ostpreußen: Allenstein 6, Angerburg 4, Gerdauen 6, Goldap 4, Königsberg 20, Lyb 25; Westpreußen: Danzig 6, Elbing 20, Graudenz 2, Schwes 10; Pommern: Labes 1, Stettin 35, Stolp 3; Mecklenburg: Güstrow 3; Schlesien: Breslau 2, Frankenstein 2, Ratibitz 300, Leobschütz 2, Waidenburg 49, Girschberg 3, Muskau 50; Brandenburg: Berlin 24, Frankfurt 2, Lübben 10; Provinz Sachsen: Dessau 20, Erfurt 18, Giebeln 15, Halle 50, Mühlhausen 4, Gommern 6, Suhl 20; Königreich Sachsen: Borna 20, Chemnitz 6, Dresden 61, Freiberg 1, Riesa 2, Leipzig 50, Plauen 10, Ritzau 128; Thüringen: Altenburg 15, Gera 5, Gotha 5, Jena 50, Meiningen 50, Schmalk 10, Sondershausen 2, Weimar 16, Zeitz 5, Hannover, Oldenburg, Braunschweig: Emden 10, Norden 1, Osnabrück 1, Hannover 13, Lüneburg 2, Celle 2, Lüneburg 2, Göttingen 3, Braunschweig 3, Oldenburg 4, Rastatt 16, Barcha 1, Bremerhaven 20, Bremen 9, Wegefeld 5; Hessen-Nassau, Hessen: Wingen 2, Gießen 10, Frankfurt 10, Gießen 6, Höchst 4, Limburg 25, Mainz 5, Offenbach 5, Weßfalen: Dortmund 13, Hagen 3, Hamm 3, Siegen 30; Rheinland: Bonn 3, Eifel 5, Essen 26, Saarbrücken 20; Bayern: München 12, Nürnberg 15, Passau 3, St. Ingbert 20, Zweibrücken 5; Württemberg: Göttingen 2, Friedrichshafen 44, Heilbronn 10, Ravensburg 10, Stuttgart 20, Ulm 12; Baden: Bruchsal 8, Freiburg 6, Karlsruhe 25, Mannheim 10, Rastatt 10, Singen 6; Elsaß-Lothringen: Metz 10, Mühlhausen 5, Schlettstadt 25, Straßburg 40, Weissenburg 10. Insgesamt werden in 101 Orten 1747 Zimmerer gesucht.

Am Andrang zu den Baugewerben zu erzeugen, wird in der bürgerlichen Presse geschrieben:

„Das Baugewerbe gewährt zu allen Zeiten seinen Handwerksgehilfen ausreichende, gutbezahlte Beschäftigung. Schwankungen örtlicher Natur gleichen sich leicht über das

ganze Reich aus. Die Bedürfnisse, deren Erfüllung es zu dienen hat, treten überall auf. Alle wirtschaftliche Entwicklung hat auch die Entwicklung des Baugewerbes zur Folge. Somit kann die Erkennung des Baugewerkes auch unter diesem Gesichtspunkte als ausrichtend empfohlen werden. Ein hochentwickeltes technisches Fachschulwesen (Gewerbe- und Baugewerkschulen) sorgt zudem für einen weiteren geistigen und sozialen Aufstieg der Bauleute und eröffnet die Aussicht auf gut bezahlte Techniker- und Architektenstellen im Staats- und Privatdienst. Es kann sich also jeder, der sich dem Baugewerbe widmet, hier zur vollen Geltung bringen je nach den Fähigkeiten und Kenntnissen, die er sich in den Lehr- und Gesellenjahren erwirbt, und je nach der Tätigkeit, mit der er an der Erfüllung der Aufgaben seines Berufsberufes arbeitet.“

Wäre die soziale Lage der „Handwerksgehilfen“ in den Baugewerben so günstig, wie sie hier geschildert wird, dann wäre eine so aufdringliche Reklame, wie sie in vorstehendem getrieben wird, nicht notwendig.

Die Unterbringung kriegsinvaliden Bauhandwerker ist nicht so einfach, wie es bisher vielfach dargestellt wurde. Die Nürnberger Hauptstelle für Kriegsinvalidenfürsorge schreibt darüber: „Ein großer Teil unserer Kriegsbeschädigten gehört dem Bauhandwerk an. Hier kann ein Arm- oder Beinamputierter nicht mehr so leicht Verwendung finden wie in der Metallindustrie, wo er als Spezialarbeiter an Maschinen oft noch praktische Arbeiten ausführen vermag. Meist läßt sich nur durch eine Berufsveredelung in besonderen Fach- und Meisterkursen Abhilfe schaffen. Die Nürnberger Hauptstelle für Kriegsinvalidenfürsorge hat deshalb im Anschluß an die Fachstelle des städtischen öffentlichen Gesundheitsamtes einen besonderen Fachkurs für Bauhandwerker eingerichtet; dieser dient zugleich als Vorbereitung für den Meisterkurs. Aus diesen Kursen sollen die Invaliden nach einer gründlichen Ausbildung so hervorgehen, daß sie in einer gehobenen Stellung in ihrem alten oder einem verwandten Beruf wieder tätig sein können. Insbesondere kommen Stellen als Bauaufseher, Poliere, Kulturborarbeiter, Werksmeister, Platzverwalter und als Bauzeichner in Betracht. In derartigen Stellungen wurden auch die meisten Teilnehmer der früheren Kurse untergebracht. Auch neuer wurde wieder ein Meisterkurs veranstaltet. Die Teilnehmer haben nach Abschluß der Kurse die Prüfung vor der Handelskammer abgelegt. Diese Kriegsinvaliden wollen nun die erworbenen Kenntnisse dem Wirtschaftsleben zur Verfügung stellen und sich selbst wieder durch ihre Arbeit vor Not und Sorge schützen. Hier ist die Kriegsinvalidenfürsorge gänzlich auf die Mithilfe der Arbeitgeber angewiesen. Diese werden dringend gebeten, entsprechende Stellenangebote mitzuteilen.“

Eine „gehobene Stellung“, die „gänzlich auf die Mithilfe der Arbeitgeber angewiesen“ ist, dürfte meist immer einen bitteren Beigeschmack haben.

Ueber die Baukostenzuschüsse und die Zukunft des Baugewerbes macht die nachstehende Anregung die Kunde durch die bürgerliche Presse: Wenn man erwägt, daß in Friedenszeiten das Baugewerbe das Gewerbe war, das die meisten Menschen beschäftigte und ernährte, und daß innerhalb desselben die Wohnungsbautätigkeit selbstverständlich die größte Rolle spielte, so kann man ermessen, welche außerordentliche Bedeutung für die Zukunft die Wiederaufnahme des jetzt fast völlig stillstehenden Wohnungsbauwesens besitzt. Aber dieser Wiederaufnahme steht bekanntlich das große Hindernis entgegen, daß jetzt und in der ersten Zeit nach Friedensschluß die Baukosten eine ganz außergewöhnliche Höhe haben, während für später wieder mit wesentlich geringeren Kosten zu rechnen ist. Wer in dieser Uebergangszeit baut, wird also mit einem großen bleibenden Verluste zu rechnen haben, und da sich begreiflicherweise jedermann davor scheut, so kann die Wohnungsbautätigkeit nicht in Gang kommen ohne öffentliche Zuschüsse, durch die diese vorläufige Uebersteuerung ausgeglichen wird. Ein hierauf gerichteter Vorschlag, wonach das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden mit großen Zuschüssen einspringen sollen, ist ja auch, wie bekannt, schon seit geraumer Zeit in Gang gebracht. Die Beanspruchung der Gemeinden würde sich dabei, wenn wir die Neuerung, die der preussische Staatskommissar für das Wohnungswesen kürzlich zu einer Abordnung Berliner Vorortgemeinden gelang hat, richtig verstehen, nach den örtlichen Verhältnissen richten. Es liegt auf der Hand, daß die Verhandlungen über das Maß der Lasten, die jeder der drei Hauptbeteiligten auf sich nehmen soll, ziemlich schwieriger Natur sind; trotzdem wird man verlangen müssen, daß sie in den Orten, in denen mit einem starken, künftigen Wohnungsbedarf zu rechnen ist, schon bald zu einem gedeihlichen Ende geführt werden. Den Gemeinden wird dabei sicherlich gegenwärtig sein, daß es sich nicht nur um die Wohnungsfrage handelt, sondern auch um die Zukunft und Lebensfähigkeit des örtlichen Baugewerbes, also um Gemeindefürsorge von allergrößter Tragweite. Andererseits ist ebenso eine möglichst ausgiebige Beteiligung von Reich und Staat und vielleicht auch noch anderer Stellen dringend zu verlangen.

Ueber die Bautätigkeit in den deutschen Städten in zweiten Viertel dieses Jahres hat das Kaiserliche Statistische Amt eine lehrreiche Aufstellung gemacht. Von den Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern hat in Berlin-Schöneberg, Potsdam, Erfurt, Magdeburg und Saarbrücken überhaupt keine Bautätigkeit stattgefunden. Dies gilt auch von den Gemeinden von 50 000 bis 100 000 Einwohnern für Berlin-Steglitz, Freiburg i. B., Linden vor Hannover, Necklinghausen und Wida. Die Neubauten wurden durch den Abgang infolge Abbruchs oder Umbaus ferner vollständig wieder aufgehoben in Dortmund, Frankfurt a. M., Hannover, Leipzig, Mannheim und Stuttgart. Der Neinzugang an Wohnungen betrug in den Großstädten, auch in Altona nur 0,02, Augsburg 0,06, Bremen 0,10, Chemnitz 0,01, Danzig 0,01, Essen 0,19, Halle 0,01, Karlsruhe 0,01, Kiel 0,08, Köln 0,02, Nürnberg 0,03, Straßburg 0,02. Von den Gemeinden über 50 000 Einwohner betrug dieser Zuwachs in Auer 0,08, Coblenz 0,01, Dessau 0,09, Fürth 0,03, Lübeck 0,08, Osnabrück 0,10 pSt. Der Zahl

nach entstanden die meisten Wohnräume in Essen mit 735, dann in Bremen 503, Köln 216, Kiel 175, Nürnberg 156, Lübeck 106, Osnabrück 86, Augsburg 76, Hamburg 36, Chemnitz 34 usw. In Leipzig sind drei Wohnungen durch Abbruch oder Umbau eingegangen und drei Wohnungen wurden neu errichtet.

Die Bautätigkeit in Schlesien. Trotz zahlreicher Verordnungen und der bewiesenen immer mehr zunehmenden Wohnungsnot ist im laufenden Jahre in den meisten Städten der Provinz kein Wohnhaus neu gebaut worden. Die Bautätigkeit hielt sich im großen und ganzen in ziemlich engen Grenzen und nahm nur in Oberschlesien zuweilen umfangreichere Formen an. Hier wurde in den Kreisen Rattowitz, Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg an einer größeren Anzahl Industrieerweiterungs- und Vervollkommnungsbauten gearbeitet. Teilweise konnten hier mächtige Anlagen gefördert werden. In Niederschlesien nahm die industrielle Bautätigkeit namentlich im Kreis Hoyerwerda größeren Umfang an. Den zuständigen behördlichen Stellen liegen zahlreiche Anträge zwecks Genehmigung der Baugesuche vor. In Anbetracht der Knappheit an Baustoffen sehen sich diese Stellen jedoch zu einer zurückhaltenden Erledigung dieser Anträge gezwungen. Die Unsicherheit der politischen Lage hat die Baukunst in letzter Zeit ziemlich gedämpft. Es wird ausschließlich von der Gestaltung der politischen und wirtschaftspolitischen Verhältnisse abhängen, ob im kommenden Frühjahr der Wohnungsbau in größerem Maßstabe aufgenommen werden kann.

Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit in Bayern. Laut amtlicher Meldung soll von der im außerordentlichen Staatshaushalt für „Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnungsnot“ bereitgestellten Summe von 3 Millionen Mark ein Teilbetrag von M 1 700 000 zur Beteiligung des Staates bei gemeinnützigen Baubereinigungen verwendet werden. Diese Mittel sollen es ermöglichen, daß der Staat sich an der Gründung neuer und an der Ausgestaltung bestehender gemeinnütziger Baubereinigungen beteiligt, die sich die Förderung des Mietwohnungsbaues zur dauernden Aufgabe machen und zu diesem Zweck eine entsprechende Neubautätigkeit entfalten. Zweck der Beteiligung des Staates soll sein, die Mittel der Baubereinigungen zu stärken, um die Aufbringung des Teils des — rentierlichen — Bauaufwandes, der durch die erste und zweite Hypothek nicht mehr gedeckt ist, zu erleichtern und dadurch eine größere Neubautätigkeit zu ermöglichen.

Treptows Maßnahmen gegen die Wohnungsnot. Die Gemeindevertretung von Treptow hat Beschlüsse zur Bekämpfung der Wohnungsnot gefaßt. Sie war der Ansicht, daß das private Baugewerbe bei der Bekämpfung der Wohnungsnot nicht ausgeschaltet werden dürfe, sondern daß man im Gegenteil versuchen müsse, es mit allen Mitteln heranzuziehen. Die Gemeinde will aber noch weiter gehen und Grundstücke kaufen, die sie entweder selbst bebaut oder durch andere mit Hilfe von Bauzuschüssen bebauen läßt. Für diese Zwecke stellte die Gemeindevertretung einen Kredit bis zu 2 Millionen Mark zur Verfügung. Ferner beschloß die Gemeindevertretung, einen Gemeindefürsorge nachweis einzurichten.

Versammlungsanzeiger.

Sonntag, den 9. November:

Kulmbach: Nach Feierabend bei Hans Hoh, Friedhofstraße.

Anzeigen.

[M. 8,60]

Nachruf.

Am 13. Oktober starb in Danzig unser langjähriges Mitglied

Gustav Vondreike

im Alter von 88 Jahren an Lungenerkrankung.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Bahnhofs-Lauenburg i. Pomm.

Obesanzzeige.

Am Sonntag, 20. Oktober, starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Kamerad und Mitbegründer der Bahnhofs, der Zimmerer

Friedrich Nagler

im Alter von 60 Jahren.

[M. 3,90]

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Bahnhofs Walsrode.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer Verwaltungsstelle Hamburg

(sämtliche Bezirke).

Sonntag, den 3. November, nachmittags 4 Uhr:

Mitgliedererversammlung

im Lokale des Herrn Stoppel, Postdamer Straße 50.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Verschiedenes.

[M. 1,40]

Um vollständiges Erscheinen ersucht Der Vorstand.